



Brot für alle
Monbijoustrasse 29
Postfach 5621
3001 Bern
Tel. 031 380 65 65
Fax 031 380 65 64
www.brot-fuer-alle.ch

Fastenopfer
Alpenquai 4
Postfach 2856
6002 Luzern
Tel. 041 227 59 59
Fax 041 227 59 10
www.fastenopfer.ch

Die Finanzkrise, ihre Auswirkungen auf Entwicklungsländer und die UNO-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (Doha, 29. Nov. bis 2. Dez. 2008)

1. Einige Zahlen zur internationalen Finanzkrise

- in wenigen Wochen wurden über USD 3'000 Milliarden zur Rettung von Banken bereitgestellt
- USD 70 Milliarden wurden mitten in der Krise an Händler an der Wall Street als Verdienst ausbezahlt
- USD 103 Milliarden wurden im Jahr 2007 an die armen Länder als Entwicklungshilfe überwiesen
- In den letzten zehn Jahren wurden den armen Ländern gerade einmal USD 88 Milliarden an Schuldendienst erlassen
- CHF 68 Milliarden gibt die Schweiz in kürzester Zeit zur Rettung der UBS aus, im vergangenen Jahr leistete sie für etwas mehr als CHF 2.0 Milliarden Entwicklungshilfe

2. Auswirkungen der Finanzkrise auf Entwicklungsländer

Die aktuelle Finanzkrise hat ihr Zentrum nicht in den Entwicklungsländern sondern in den reichen Ländern. Jedoch wird sie erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben. Mit der Finanzkrise sind die bis jetzt erreichten Entwicklungsfortschritte gefährdet. Folgende Auswirkungen werden erwartet:

- a) Die Rezession in OECD-Ländern wird Steuereinnahmen und somit die Budgets für **Entwicklungshilfe** (ODA) unter Druck setzen. Auch wenn die ODA-Quote im Verhältnis zum BNE (Bruttonationaleinkommen) konstant bleibt, wird sich die öffentliche Entwicklungshilfe reduzieren, wenn das BNE abnimmt, was für arme Länder, die von der ODA abhängig sind, eine Katastrophe ist. Zudem geraten die anvisierten Steigerungsquoten der ODA unter Druck und auch in der Schweiz gibt es Stimmen, die die geplante Steigerung der ODA-Quote auf 0.5%, die Anfang Dezember im Parlament beschlossen werden soll, ablehnen wollen. Die UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) erwartet für 2010 von den reichen Nationen USD 115 Milliarden an ODA, statt USD 130 Milliarden, die versprochen wurden. Zur Erreichung der UNO-Entwicklungsziele bis 2015 wäre allerdings eine Erhöhung auf mindestens USD 140 Milliarden nötig gewesen.
- b) Die **Exporte** der Entwicklungsländer werden auf Grund der Rezession in den Industrieländern vermutlich abnehmen. Studien zeigen zudem, dass sich Währungsschwankungen in den harten Währungen negativ auf Exporte der armen Länder auswirken. Die Exporte aus Entwicklungsländern werden auch abnehmen, weil Banken und Finanzinstitute auf Grund der Krise weniger Handelskredite und -versicherungen zur Verfügung stellen.

- c) Die wichtigsten **Börsenindizes** von China, Indien und Brasilien haben seit Jahresbeginn fast die Hälfte an Wert eingebüsst und sind damit stärker betroffen als die Börsen der Industrienationen (gemäss der NGO *erlassjahr.de*, Okt. 2008).
- d) Die Situation der verschuldeten Entwicklungsländer wird sich weiter verschärfen. Auf Grund von Rezession und reduzierten Exporteinnahmen könnten die **Schulden** zunehmen. Die Indikatoren der Tragfähigkeit der Schulden, welche internationale Finanzinstitutionen verwenden, basieren zudem auf die vorgesehenen Exporte und Wirtschaftswachstum. Wenn diese aber sinken, sind Länder schnell von einer Überschuldung bedroht.
- e) Weniger Mittel werden in Entwicklungs- und Schwellenländer fliessen, wobei nötige **Investitionen** verhindert werden. Die ausländischen Direktinvestitionen hängen u.a. von der Entwicklung der Exporte eines Landes ab, welche mit der Krise bedroht sind.
- f) Die Länder des Südens haben in den letzten Jahren – auf Empfehlung der internationalen Finanzinstitutionen und auf Grund der Finanzliberalisierung – grosse **Währungsreserven** angehäuft. Problematisch ist dies, weil die Länder ihre Reserven zum grossen Teil in US-amerikanischen öffentlichen Papieren angelegt haben. Nicht nur haben diese Wertschriften relativ geringe Renditen, diese Anlagen haben auch Investitionen in die Entwicklung der heimischen Wirtschaft verhindert.
- g) Die aktuelle Krise ist nur eine **Finanzkrise** mehr. Die wachsende Finanzliberalisierung und die Entwicklung von Steueroasen hat die Häufigkeit und Schwere der Finanzkrisen markant erhöht. Die Tatsache, dass dieses Mal nicht nur die "Peripherie" (die Entwicklungsländer) betroffen sind, bestätigt, dass das jetzige, auf Spekulation basierende Model nicht funktioniert.
- h) **Rücküberweisungen** von MigrantInnen werden erheblich sinken. Diese spielen für viele Entwicklungsländer eine herausragende Rolle. Das Bruttonationaleinkommen Lesothos beispielsweise besteht zu über einem Viertel aus diesen sogenannten remittances.

3. Die UNO-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung

Die erste Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD, Financing for Development) von 2002 in Monterrey wurde einberufen, damit die Staatengemeinschaft nach Wegen suchen konnte, wie die im Jahr 2000 beschlossenen Millenniumsentwicklungsziele zur Halbierung der weltweiten Armut bis 2015 finanziert werden können. Die Diskussion drehte sich um 6 Themenkomplexe: Die Mobilisierung interner Ressourcen für Entwicklung, Entwicklungshilfe, Handel, Investitionen aus dem Ausland, Verschuldung und globale Systemfragen, was im Klartext die Reform der globalen Wirtschafts- und Finanzarchitektur meint. Im Monterrey Konsens wurden nicht nur Finanzierungsmöglichkeiten beschlossen, sondern auch Wege gesucht, wie die globalen Herausforderungen der Gegenwart in ganzheitlicher Art und Weise angegangen werden können. Diese Ansätze basieren auf der Einsicht, dass eine globale Partnerschaft für Entwicklung angestrebt werden muss, die die Zusammenarbeit von reichen Ländern mit Entwicklungsländern ebenso umfasst wie die Zusammenarbeit von Staaten, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft um die Millenniumsentwicklungsziele erreichen zu können.

Die zweite Entwicklungsfinanzierungskonferenz der UNO in Doha vom 29.11.-02.12.2008 kommt wegen der aktuellen Finanzkrise zu einem wichtigen Zeitpunkt. In Doha treffen sich nun Staatschefs, VertreterInnen von Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft und Verantwortliche internationaler Organisationen wie der Weltbank, des internationalen Währungsfonds und der WTO um die seit 2002 erreichten Fortschritte zu evaluieren. Dabei werden sie die durch die Finanzkrise völlig veränderte globale Ausgangslage in Betracht ziehen müssen. Diese Konferenz stellt sowohl wegen ihrer Thematik wie auch wegen ihrer Zusammensetzung (es sind alle Staaten vertreten und nicht nur ein kleiner Club reicher OECD-Länder, sie wird unter Ägide der UNO durchgeführt und nicht durch die BWI's, die einseitig die Interessen der Finanzwelt vertreten) eine ausgezeichnete Gelegenheit inmitten der aktuellen Krise dar, das globale ökonomische System und dessen Verantwortlichkeiten für die Armut im Süden zu evaluieren. Sie könnte die internationale Zusammenarbeit an den Grundwerten „Gerechtigkeit“, „Demokratie“, „Transparenz“ und „Partizipation“ ausrichten und einen Beitrag zur globalen Systemerneuerung leisten, damit global Armut überwunden werden kann.

4. Forderungen von *Brot für alle* und *Fastenopfer*

Sechs Jahre nach dem Monterrey-Konsens müssen an der Doha-Konferenz die Fortschritte kritisch überprüft und griffige Massnahmen beschlossen werden, wie die globale Armut eingedämmt und die internationale Finanzarchitektur so angepasst werden kann, dass die Finanzkrise die Armen dieser Welt nicht noch mehr an den Rand des Abgrunds drängt. Folgende Massnahmen sind aus unserer Sicht zu treffen:

a) Bekämpfung der Kapital- und Steuerflucht

Der weltweite Fluss von schmutzigem Geld aus Kriminalität, Korruption und Steuerhinterziehung wird auf USD 1'000 bis 1'600 Milliarden pro Jahr geschätzt. Dies entspricht in etwa dem Zehnfachen der öffentlichen Hilfgelder aus OECD-Ländern! Der grösste Teil davon hat die weltweite Steuerhinterziehung und -vermeidung als Ursache. Steuerflucht kostet die Entwicklungsländer zwischen USD 300 und 520 Milliarden pro Jahr. Über 600 Milliarden Dollars, beinahe dreimal der Betrag heutiger Auslandsschulden, wurde seit 1975 allein aus Afrika südlich der Sahara durch Steuerflucht abgezogen und stellt somit ein wesentlicher Verlust staatseigner Ressourcen dar, die in die Entwicklung der einzelnen Länder hätte investiert werden können.

Steuern stellen das wichtigste Instrument dar, wie Bürgerinnen und Bürger und die heimische Wirtschaft gemeinsame Güter der jeweiligen Gesellschaft zu finanzieren vermögen und somit Selbstständigkeit erlangen können. Die Ermöglichung von Steuerflucht stellt daher das grösste Problem für die Entwicklung der Länder des Südens dar. Die demokratische Republik Kongo, das frühere Zaire, verlor zwischen 1980 und 2006 ungefähr USD 15.5 Milliarden durch Kapitalflucht. Mit diesem Geld hätte das Land problemlos seine internationalen Schulden von USD 11.2 Milliarden begleichen können. Es gilt, die Steuerflucht zu unterbinden!

Ein Verhaltenskodex zur Zusammenarbeit in der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung soll entwickelt und in Doha verabschiedet werden. Die aktuelle Finanzkrise zeigt nur allzu deutlich die Risiken international integrierter Märkte ohne entsprechende globale Regulierung. Steuerfluchthäfen spielen

eine zentrale Rolle in der Deregulierung der Finanzmärkte: indem sie geringe oder gar keine Regulierung anbieten, kaum Steuern erheben und dank des Bankgeheimnisses Anonymität und Schutz garantieren, ermöglichen sie die Umgehung bestehender Regulierungen, das Verstecken von Risiken und das Nichtbezahlen geschuldeter Steuern. Durch Preismanipulationen im internationalen Handel können transnationale Unternehmen Gewinne in ihre Filialen in den Steueroasen verschieben und damit Steuer umgehen. Eine Anpassung von internationalen Buchhaltungsstandards könnte diese Praxis unterbinden. Mit Hilfe eines "country-by-country reporting", d.h. einer Offenlegung der Geldflüsse eines Konzerns zwischen verschiedenen Ländern, wären diese Gewinntransfer ersichtlich (zur Zeit dürfen global tätige Konzerne konsolidierte Zahlen vorlegen).

Um diese Vorschläge weiter umsetzen zu können, fordern *Fastenopfer* und *Brot für alle* die Aufwertung des UNO-Komitees zur Zusammenarbeit in Steuerfragen.

Offizielle Position der Schweiz: Für den Bundesrat liegt bei der weltweiten Steuerflucht die Verantwortung einzig bei den betroffenen Ländern (gemäss Antwort auf entsprechenden Postulats).

b) **Innovative Instrumente zur Finanzierung der Entwicklungshilfe**

Die Flugticketabgabe (mit UNITAID) hat gezeigt, dass eine globale Steuer zur Finanzierung von Entwicklungsprogrammen möglich ist. Zur Diskussion steht jetzt v.a. eine Finanz- oder Devisentransaktionssteuer.

Die Lancierung eines Pilotprojektes mit einer Devisentransaktionssteuer CTT (Currency Transaction Tax) wäre möglich, eine Besteuerung aller Währungen ist dabei nicht nötig. Im Bezug auf eine Finanztransaktionssteuer FTT (Financial Transaction Tax) müssen weitere Recherchen durchgeführt werden.

Eine CTT oder FTT mit einer sehr kleinen Besteuerungsrate (0.005%) würde bereits grosse Mittel generieren. Eine CTT oder FTT mit flexiblen Raten würde zudem mithelfen, Spekulation zu bremsen und die Finanzmärkte zu stabilisieren.

Wichtig ist, dass die innovativen Instrumente zusätzliche Ressourcen zur Finanzierung der Entwicklungsziele bringen und die jetzige ODA nicht ersetzen (Additionalitätsprinzip).

Offizielle Position der Schweiz: Die Schweiz zeigte sich seit Monterrey gegenüber sämtlichen Vorschlägen innovativer Finanzierungsinstrumente verschlossen und lehnt sie weiterhin ab. Im August forderte sie aber zur Finanzierung des globalen öffentlichen Gutes „Klima“ die Einführung einer internationalen CO₂-Abgabe und gestand somit erstmals ein, dass internationale Abgabensysteme in der globalisierten Welt notwendig sind. Die Schweiz müsste daher auch innovative Instrumente zur Finanzierung der Entwicklung ernsthaft prüfen.

c) **Budgets der Entwicklungshilfe (ODA)**

Die Finanzkrise darf die ODA nicht gefährden. Mit den veranschlagten Kosten der Anpassung am Klimawandel sind nebst des UNO-Ziels von 0.7% des BNE auch 0.2-0.3% zusätzliche Ressourcen nötig.

Die 0.7%-Petition verlangte im Mai 2008 von der Schweiz, dass sie die Entwicklungshilfe auf 0.7% des BNE erhöht. Nach langen Diskussionen im

Parlament steht zur Diskussion, die ODA auf 0.5% bis 2010 zu erhöhen. Die Finanzkrise darf dieses Ziel von 0.5% nicht gefährden, denn die Entwicklungshilfe betrifft auch arme Länder und diese sind darum erst Recht auf unsere Solidarität angewiesen.

Offizielle Position der Schweiz: Für den Bundesrat liegt eine Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% nicht drin. Möglicherweise gibt ihm aber das Parlament mit dem 0,5%-Kompromiss die Richtung vor.

d) **Schulden**

Die beiden Schuldenerlassinitiativen (HIPC/MDRI) haben Fortschritte gebracht, jedoch sind sie keine strukturelle Lösung, sondern nur ein ad-hoc Mechanismus. Es braucht einen neuen Verhandlungsmechanismus für überschuldete Länder, der alle Forderungen einbezieht und Entscheidungen von einer neutralen Instanz (statt von den Gläubigern) treffen lässt.

Verbleibende illegitime Schulden müssen anerkannt und gestrichen werden. Bei neuen Krediten sollen mit Prinzipien (wie "fair lending") Anreize geschaffen werden, um Kreditgeber davon abzuhalten, repressiven und autoritären Regimes Geld zu leihen.

Die Entschuldungsverhandlungen müssen auch "neue" Gläubiger (China, usw.) einbeziehen, statt Entwicklungsländer zu bestrafen, die auf der Suche nach neuen Krediten sind.

Offizielle Position der Schweiz: Die Schweiz wird ohne internationalen Druck bei der Frage der illegitimen Schulden nicht vorwärts machen. Barack Obama hat in seiner Wahlkampagne in den USA erklärt, man müsse diese Problematik multilateral angehen. Es ist zu hoffen, dass der neue US-Präsident diese Initiative weiterführen wird.

e) **Bretton Woods II**

Die internationalen Finanzinstitute müssen reformiert werden. Seit den 1980-er Jahren fordern die G7, aber auch die im Direktorium der Bretton Woods Institutionen vertretene Schweiz von den armen Ländern, dass sie ihre Sozialausgaben beschneiden und dafür ihre Schulden begleichen. Noch heute leisten Entwicklungsländer über 450 Milliarden Dollars Schuldendienst. Es braucht eine neue globale Finanzarchitektur, die den Entwicklungsländern die ihnen zustehende Mitsprache ermöglicht. Diese müssen künftig deutlich mehr Stimmrechte in den internationalen Organisationen erhalten. Die G8-Länder repräsentieren 13% der Weltbevölkerung, verfügen aber über mehr als die Hälfte der Stimmrechte in den Bretton Woods Institutionen. Die 48 Länder Afrikas halten nicht einmal 5% dieser Stimmrechte.

In Doha gilt es, einen Prozess aufzugleisen, der zu einer gerechten Neugründung dieser Finanzarchitektur führt: eine internationale Konferenz ("Bretton Woods II") soll zu diesem Zweck von der UNO einberufen werden und es gilt eine „Roadmap“ zu verabschieden, die einen Reformprozess garantiert, der alle Betroffenen in die Problemlösung einbezieht und auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist.

Offizielle Position der Schweiz: Die Schweiz und weitere reiche Staaten begnügen sich mit der Tatsache, dass eine (minimale) Quotenreform bei den IFIs Anfang 2008 angenommen wurde, um Entwicklungs- und Schwellenländern mehr Stimmrechte zu geben.

f) Entwicklungsfinanzierungsprozess

Monterrey war nicht als Eintagsfliege konzipiert, sondern als der Beginn eines Prozesses zur Ausmerzung der Armut in der Welt. Der Monterrey-Konsens und die Doha-Beschlüsse werden nichts als Makulatur bleiben, wenn es nicht gelingt, einen Folgeprozess mit griffigen und verbindlich konkrete Massnahmen zu vereinbaren.

Ein solcher Entwicklungsfinanzierungsprozess stellt eine einmalige Gelegenheit dar, dass alle wichtigen Akteure der Entwicklungsfinanzierung gemeinsam über nachhaltige Lösungen nachdenken und unter Leitung der UNO konkrete Umsetzungsstrategien beschliessen. Dazu braucht es einen institutionalisierten, regelmäßigen und verbindlichen Überprüfungsmechanismus, der nicht nur die höchste Ebene staatlicher Repräsentanz umfasst, sondern hochrangige Vertreter aller betroffenen Ministerien (also auch der Finanzministerien), Vertretungen der globalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen (Weltbank, Währungsfonds und Welthandelsorganisation) und Vertreterinnen und Vertreter von Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft zusammenführt. Dabei gilt es zu beachten, dass grösstmögliche Transparenz und breite Information aller Interessierte gewahrt bleiben.

Offizielle Position der Schweiz: Die Schweiz steht grundsätzlich nicht gegen eine Fortsetzung der Prozesses über Entwicklungsfinanzierungsfragen. Sie wünscht jedoch, dass dieser Prozess eher unverbindlich bleibt.

g) Klimawandel

Der Klimawandel wird enorme Mitigation- und Adaptionkosten für die internationale Gemeinschaft verursachen, die nicht von der Entwicklungshilfe finanziert werden können. Es braucht daher zusätzliche Ressourcen, wie sie *Fastenopfer* und *Brot für alle* in ihrer Petition „Gerechtigkeit im Klimawandel „ fordern.

Offizielle Position der Schweiz: Die Schweiz hat eine globale CO₂-Steuer vorgeschlagen (s. oben, Punkt b).

24.11.2008

Brot für alle, François Mercier

Fastenopfer, Markus Brun